

**DGB**

**STÄRKER  
MIT UNS.**

**IN  
BADEN-  
WÜRTTEMBERG**

2022-2025 – UND IMMER WEITER

**ZUKUNFTSMUT  
TUT GUT**

**GEMEINSAM MIT  
EUCH ENGAGIEREN  
WIR UNS FÜR DAS  
WICHTIGSTE:  
ZUKUNFT.  
DAFÜR DANKE.**



**Maren Diebel-Ebers**  
*Stellvertretende Vorsitzende*



**Kai Burmeister**  
*Vorsitzender*

Baden-Württemberg steht an einem Wendepunkt. Unsere Wirtschaft ist stark, unser Innovationspotenzial groß – doch ohne eine klare Agenda drohen Jobverluste und Wohlstandseinbußen. Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel: Die Herausforderungen sind gewaltig. Wir nehmen den Auftrag an! Wir verbinden wirtschaftliche Stärke, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit – für ein gutes Leben für alle.

Tarifbindung ist das Rückgrat fairer Arbeit. Doch nur noch jeder Zweite im Land ist durch einen Tarifvertrag geschützt. Wir kämpfen für mehr Tariftreue, für mehr Fairness und Verlässlichkeit – für Beschäftigte, Betriebe und den Staat. Die Reform des Landestariftreuegesetzes ist überfällig. Wir bleiben dran!

Fachkräftemangel? Ja, das Problem ist real. Aber neoliberale Rezepte wie längere Arbeitszeiten und spätere Rente sind keine Lösung. Wir setzen auf gute Ausbildung, Chancengleichheit und eine starke berufliche Orientierung. Das Bündnis für Ausbildung und Fachkräfte ist ein Schritt in die richtige Richtung – jetzt müssen Taten folgen!

Die Realität auf dem Ausbildungsmarkt bleibt hart: Trotz guter Statistik finden Tausende keinen Platz, jeder Sechste zwischen 20 und 34 hat keinen Abschluss. Wir fordern: Jeder junge Mensch verdient eine echte Chance!

Die Debatte um die Rente wird hitzig geführt. Wir sagen: Eine starke Rente ist kein Luxus, sondern gutes Recht nach einem langen Arbeitsleben.

Unsere Demokratie steht unter Druck. Rechtsextreme Netzwerke, Hetze und Angriffe auf Mitbestimmung bedrohen unser Zusammenleben. Wir halten dagegen – auf der Straße, im Betrieb, in den Parlamenten. Millionen Menschen demonstrieren gegen Rechts. Wir stehen an ihrer Seite!

Mitbestimmung ist gelebte Demokratie und wirtschaftlicher Erfolgsfaktor. Doch noch immer wird jede siebte Betriebsratsgründung behindert. Wir fordern: Mehr Schutz und Anerkennung für das Engagement der Beschäftigten!

Klimaschutz bleibt für Gewerkschaften und den DGB zentral – auch wenn andere Sorgen aktuell drängen. Wir sagen: Gute Arbeit und Klimaschutz gehören zusammen.

Wir mischen uns ein: bei Wahlen, in Gesetzgebungsverfahren, in gesellschaftlichen Debatten. Wir kämpfen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz, für soziale Sicherheit, für Gleichstellung und für eine starke Demokratie.

**#bwgerecht**

**Wir engagieren uns an vielen Orten. In Betrieben und Verwaltungen. In der Selbstverwaltung, im Kreis- und im Stadtverband.**

**Dafür DANKE.**

# 2022



+++ Russland überfällt Ukraine +++

+++ Ein kalter Winter droht +++

+++ Energiepreise steigen, Inflation zieht an +++

+++ Gefahr einer tiefen Wirtschaftskrise ist real +++

+++ Bundeskanzler Scholz ruft die Zeitenwende aus +++



# FRIEDEN



## SOLIDARISCHER HERBST

Unmittelbar nach Kriegsausbruch demonstrieren Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für den Frieden. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und verurteilen den russischen Überfall auf ein souveränes Land scharf.

Innenpolitisch machen wir Druck: Die Kosten, die durch die Folgen des Angriffskrieges entstanden sind, dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Wir kämpfen für eine solidarische Krisenbewältigung, bezahlbare Energie und eine Entlastung für alle. Zur Finanzierung schlagen wir eine Übergewinnsteuer vor, die die Energiekonzerne bezahlen.

Am 22. Oktober rufen wir gemeinsam mit dem BUND und dem PARITÄTISCHEN zu einer Kundgebung in Stuttgart auf. Unter dem Motto „Solidarischer Herbst“ versammeln sich mehrere tausend Menschen. Parallel finden in mehreren weiteren Großstädten Demonstrationen statt. Das breite Bündnis setzte ein sichtbares Zeichen für Solidarität, Demokratie sowie Natur- und Klimaschutz. Wir machen deutlich: Entlastungspakete müssen nachgebessert und ausgeweitet werden. Es braucht eine faire Lastenverteilung durch eine Vermögensabgabe, gezielte Hilfen für Beschäftigte, Familien, Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Azubis.

# FÜR MEHR GUTE ARBEIT UND MEHR TARIFBINDUNG IM SÜDWESTEN



+++ Nur noch jeder Zweite im Land mit Tarifvertrag +++

+++ Mehr Tariftreue: mehr Fairness für Beschäftigte, mehr Verlässlichkeit für Betriebe. Auch der Staat profitiert +++

+++ Regierung verspricht Reform des LTMG. DGB pocht auf Landestariftreuegesetz +++





Wir formulieren einen Vorschlag für ein baden-württembergisches Tarifreuegesetz 2.0. Land und Kommunen sollen Aufträge nur an Betriebe vergeben, die den geltenden Tarifvertrag ihrer jeweiligen Branche anwenden. Wo es keine Tarifverträge gibt, gilt ein vergabespezifischer Mindestlohn.

Bei einer Infoaktion auf dem Stuttgarter Schlossplatz haben wir unseren Entwurf vorgestellt. Gleichzeitig stehen wir mit dem Wirtschaftsministerium

und den Regierungsfractionen in einem intensiven Austausch. Doch Grün-Schwarz hält sich nicht an die Aussagen im Koalitionsvertrag. Vor allem die CDU stellt sich quer. Wir bohren weiter: Mit der Kampagne „Tarifwende“ drängen wir auf faire Vergaben im Bund, im Land und in den Kommunen. Ein gewerkschaftlicher Erfolg: 2025 bringt die neue schwarz-rote Bundesregierung ein Bundestarifreuegesetz auf den Weg.

2022



## MIT GUTER ARBEIT FACHKRÄFTE-MANGEL ANGEHEN

Wir entwickeln eine realitätsnahe Position zum Fachkräftemangel. Die Antwort kann nicht sozialer Rückschritt sein. In unserem DGB-Positionspapier „Fachkräftepolitik stärken“ plädieren wir für die Stärkung der dualen Ausbildung (quantitativ und qualitativ). Beschäftigte benötigen passgenaue Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote, deren Berufsfelder sich ändern oder gar verschwinden. Es geht um Perspektiven auch für Beschäftigte im fortgeschrittenen Alter sowie um bessere Bildungschancen für alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Bessere Bildung kostet selbstverständlich. Fachkräfte in den Branchen Erziehung und Bildung müssen besser bezahlt werden, um die bestehenden Engpässe zu schließen.

Deutschland sucht händeringend nach Fachkräften – und oft liegt der Blick zuerst auf Anwerbung im Ausland. Dabei bleibt ein enormes Potenzial ungenutzt: die Menschen, die bereits hier leben. Die größte Gruppe darunter sind Frauen. Noch nie waren Frauengenerationen so gut ausgebildet wie heute. Doch viele scheitern daran, dass sich Beruf und Familie nicht ausreichend vereinbaren lassen. „Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten!“ lautet das Motto zum diesjährigen Frauentag. Wir drehen dazu ein Video mit einer Schauspielerin vom Staatstheater, die vielen berufstätigen Müttern aus der Seele spricht. Die Resonanz ist riesig.

**+++ Wirtschaft und Politik warnen: Wachstum und Innovation in Gefahr +++**

**+++ Neoliberale Rezepte: länger arbeiten, später in Rente+++**

**+++ Fachkräftemangel überall Thema +++**

Junge Menschen haben ein Recht auf Ausbildung. Deshalb machen wir uns für eine Ausbildungsgarantie stark. Diese steht auch im grün-schwarzen Koalitionsvertrag. Doch das Land verweist auf die Bundesregierung. Diese beschließt im Juni 2023 die Ausbildungsgarantie. Seit August 2024 ist sie wirksam, doch die Probleme bleiben. Da muss noch mehr passieren. Nur noch jeder fünfte Betrieb bildet aus. Deshalb fordern wir einen Ausbildungsfonds, in den alle Betriebe solidarisch einzahlen. Wer ausbildet, bekommt einen Ausgleich.

Einen Ausbildungsvertrag in der Tasche zu haben, löst noch nicht das Problem, wo man als Azubi wohnt. Denn nicht alle Azubis können oder wollen bei ihren Eltern wohnen.

Mangelnder Wohnraum für Azubis verstärkt den Fachkräftemangel. Die Bundesregierung steuert mit dem Programm „Junges Wohnen“ gegen. Doch die Landesregierung verschleppt die Umsetzung. Gemeinsam mit unserer DGB-Jugend machen wir uns für die Förderung gemeinnütziger Azubiwohnheime stark. Mit Häusern aus Pappe postieren wir uns vor dem Landtag, um die Abgeordneten auf das Problem aufmerksam zu machen. Unser Druck wirkt: 2024 läuft der Prozess zur Erstellung kostengünstigen Wohnraums für Azubis an. 2026 sollen die ersten geförderten Wohnheime fertig sein.

**+++ Bündnis für Ausbildung und Fachkräfte startet neu +++**

**+++ Schwerpunkte: Berufsorientierung, Chancengarantie +++**

**+++ Statistik positiv, Realität: hohe Hürden für Azubis +++**

**+++ 100 Stellen, 70 Bewerberinnen und Bewerber, trotzdem Tausende ohne Platz +++**

**+++ Jede/r Sechste ohne Abschluss +++**



**AUSBILDUNGSGARANTIE  
AUSBILDUNGSFONDS  
AZUBIWOHNHEIME**



## LANDES- WOHNUNGS- BAUGESELLSCHAFT

# BEZAHLBARER WOHNRAUM



+++ Baupreise steigen, Baugenehmigungen sinken +++

+++ Flaute für Bauwirtschaft und Handwerk +++

+++ Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau stehen im Raum +++

Die Inflation bremst die Bautätigkeit und verschärft so die Wohnungsknappheit. In vielen Branchen rund ums Bauen stehen zudem Arbeitsplätze auf dem Spiel. Gemeinsam mit der IG Metall und der IG BAU machen wir mit einer Aktion vor dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Druck. Unsere Forderungen stellen wir anschließend in einer Pressekonferenz vor: Vom Land braucht es jährlich eine

Fördermilliarde für leistbaren Wohnraum, zusätzlich zu den Bundesmitteln. Mit einer aktiven Förderpolitik werden auch Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und im Handwerk gesichert. Ein Dauerbrenner bleibt die Forderung nach einer eigenen Landeswohnungsbaugesellschaft, die Kommunen unterstützt und langfristig eigenen Wohnungsbestand aufbaut.

# ZUKUNFTSFESTE RENTE

**+++ Regierung plant Rentenpaket II:  
Niveau bis 2039 mindestens 48 Prozent +++**

**+++ Rente: hitzige Debatte um Leistung und Bezahlbarkeit +++**

Im November stellen wir gemeinsam mit ver.di und dem Bündnis gegen Altersarmut auf einer Fachkonferenz Wege vor, wie die Rente sozial gerecht zukunftsfest gemacht werden kann. Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht vom steigenden Wohlstand abgekoppelt werden. Das Rentenniveau muss wieder auf mehr als 50 Prozent steigen. Bedenklich: Schon jetzt erhalten Rentner, die 2022 neu in die Altersrente gewechselt sind, mit 1.372 Euro im Schnitt 55 Euro weniger Rentenbezüge als Rentner, die schon länger im Ruhestand sind. Fast jede fünfte ältere Frau in Baden-Württemberg ist von Altersarmut betroffen. Unser Konzept: Wir schlagen eine solidarische Erwerbstätigenversicherung vor, in die alle Berufsgruppen einbezogen werden. Mit tarifgebundenen Löhnen und weniger prekärer Beschäftigung können sich Menschen eine auskömmliche Rente erarbeiten.

**+++ FDP setzt auf Aktienrente +++**



2023

# 2024

Landesweit organisieren wir gemeinsam mit Bündnispartnern Kundgebungen und Solidaritätsaktionen. „Nie wieder ist jetzt – Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen Rechts“ wird zum Motto des Protestes gegen Rechtstextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir sind Gründungsmitglied des „Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte Baden-Württemberg“. Vom Start weg beteiligen sich mehr als 70 Organisationen an diesem breiten Bündnis. Zehntausende

nehmen landesweit an den Demos gegen Rechts teil. Ende Januar ist der Schlossplatz bei einer Kundgebung in Stuttgart proppenvoll.

Mit Faktenchecks klären wir über die Positionen der AfD auf: Sie widersprechen unseren Zielen und den Interessen der Beschäftigten fundamental. Sie sind unsozial, antifeministisch, diskriminierend und marktradikal.

## EIN GEEINTES EUROPA

**+++ Im Januar 2024: Eine Million demonstrieren gegen Rechts. Debatte um AfD-Verbot entflammt +++**

**+++ Correctiv enthüllt: Treffen von AfD, Werteunion, Identitären-Chef Sellner bei Potsdam. Thema: „Remigration“-Masterplan, Abschiebung auch von Deutschen +++**

**+++ Enthüllung löst Aufschrei aus +++**



# GEGEN RECHTS

+++ 5.079 von 18.540 Ratsmitgliedern sind Frauen – Anteil steigt leicht auf 27,4 % +++

+++ Gemeinderat: Wählervereinigungen vorn (36,9 %), CDU folgt +++

+++ Europa: Frieden und soziale Sicherheit prägen Wahl +++

+++ 9. Juni: Kommunal- und Europawahl im Land +++



## KOMMUNALWAHLEN EUROPAWAHL



### NACHHALTIGE INFRASTRUKTUR

Gemeinsam mit unserem Ehrenamt haben wir die Schwerpunktthemen für die Kommunalwahlen festgelegt. Das bezirksweite „Gerecht-Vor-Ort-Team“ hat die DGB-Kampagne entwickelt. Unser Ziel: eine gute und nachhaltige Infrastruktur in Städten und Gemeinden. In unserem Wahlaufufruf haben wir fünf konkrete Anforderungen an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalparlamente formuliert: 1. eine gute regionale Gesundheitsversorgung. 2. verlässliche und kostenfreie Kinderbetreuung und Ganztagsbildung. 3. einen gut ausgebauten und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr, für bessere Wege zur Schule, zur Arbeit und in der Freizeit. 4. Fairness durch Tariftreue bei der öffentlichen Auftragsvergabe in den Kommunen. 5. mehr

leistbaren Wohnraum gerade auch für Menschen mit geringen Einkommen, für Azubis und Studierende. Mit öffentlichen Aktionen werben unsere Stadt- und Kreisverbände für mehr soziale Gerechtigkeit. Zu den Stadt- und Gemeinderäten, mit denen wir langfristig zusammenarbeiten wollen, haben wir Kontakte aufgebaut.

Einen Tag vor der Europawahl findet im Schlossgarten in Stuttgart die Kundgebung „Rechtsextremismus stoppen – Demokratie verteidigen“ statt. Eingeladen hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis unter Beteiligung des DGB. Die Botschaft: Wir sind die demokratische Mehrheit. Wir wollen ein soziales Europa.

Die von Grün-Schwarz versprochene Gleichstellungsstrategie beurteilen wir kritisch. Sie ist überfällig und greift absehbar zu kurz. Die beschlossenen Maßnahmen werden wohl kaum vollständig bis zur Landtagswahl 2026 umgesetzt. Baden-Württemberg hat mit den höchsten Gender-Pay-Gap bundesweit. Sorge- und Erwerbsarbeit sind besonders ungleich verteilt. Aus Sicht des DGB braucht es für mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern klare Verbindlichkeit statt Absichtserklärungen, eine verlässliche Finanzierung von Kinderbetreuung und Ganztags sowie eine starke Koordinierungsstelle mit Fachkompetenz. Die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft müssen mitbestimmen können, wohin die Reise geht.



+++ Prozess startet erst jetzt +++

+++ Grün-Schwarz verspricht Gleichstellungsstrategie im Koalitionsvertrag +++



# GLEICHSTELLUNGSSTRATEGIE

# INVESTITIONS- STUDIE



Mit der von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie „Exzellenz kommt nicht von alleine – Öffentliche Investitionsbedarfe und deren Finanzierung in Baden-Württemberg“ legen wir Analyse und Lösung in einem vor. Die Studienautorinnen haben fünf zentrale Felder und deren Investitionsbedarfe untersucht. Das Ergebnis: In Klimaschutz/Transformation, Infrastruktur, Wohnen, Gesundheit und Bildung müssen bis 2033 insgesamt 165 Milliarden Euro investiert werden. Unsere Studie macht deutlich: die nötigen Investitionen können trotz der geltenden Schuldenbremse getätigt werden.

Die Investitionsstudie stellen wir im Oktober in einer Landespressekonferenz vor. In der Öffentlichkeit und in der Politik stößt die Studie auf reges Interesse.



**+++ Ohne Investitionen drohen Jobverluste und Wohlstandseinbußen +++**

**+++ Herausforderungen: Dekarbonisierung, Digitalisierung, Demografie +++**

**+++ Baden-Württemberg: starke Wirtschaft, viel Innovation. +++**

**+++ Wer verbindet Wirtschaft, Ökologie, Soziales?  
Auftrag angenommen! +++**

2024

Ende Oktober verleihen wir zum vierten Mal den Mitbestimmungspreis „Gute Arbeit – ausgezeichnet“. Die Preisverleihung findet im Rahmen des Betriebs- und Personalräteempfangs des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums statt. Schirmherrin ist erneut Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut. Ausgezeichnet werden fünf Mitbestimmungsgremien, etwa die Betriebsräte von Liebherr Biberach und Erwin Hymer sowie der Personalrat des Klinikums Stuttgart. Bei einem vorausgehenden Workshop haben wir über die nötige Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes in Zeiten von KI, mobilem Arbeiten und Transformation diskutiert.



**+++ Jede siebte Betriebsratsgründung wird behindert, vor allem in inhabergeführten Betrieben +++**

**+++ Ehrenamt braucht hohen Einsatz – verdient Anerkennung durch die Landesregierung +++**

**+++ Mitbestimmung: Erfolgsfaktor und gelebte Demokratie. +++**

# MITBESTIMMUNGS- PREIS





Wie schon 2023 machen wir mit der Kampagne „Fair Delivery“ auf die Missstände in der Kurier-, Express- und Paketdienst-Branche (KEP) aufmerksam. Gemeinsam mit der Fairen Mobilität und ver.di informieren wir vor Logistikzentren die Fahrer über ihre Rechte. Bei den Bundestagsabgeordneten setzen wir uns für strengere Vorgaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und zum Einsatz von Subunternehmen in der Branche ein. Außerdem verteilen wir Aufkleber und Kartons, die man mit Snacks oder Wasserflaschen in den Hausflur stellen – und den Arbeitsalltag der Paketboten ein Stückchen besser machen kann. Solidarität leben wir praktisch!

## KAMPAGNE „FAIR DELIVERY“



**+++ Paketbranche: Hetze, Tracking, kaum Tarifverträge +++**

**+++ Black Friday – Onlinehandel boomt +++**

**+++ Wir wollen gute Arbeit in der Paketbranche +++**

2024



Im Januar startet der DGB seine Bundestagswahlkampagne „Mach dich stark mit uns“. Es geht um gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale Sicherheit. In Baden-Württemberg stellen unsere Stadt- und Kreisverbände mehr als 40 Aktionen auf die Beine: Infostände, Pendleraktionen, Wahlopolies und Podiumsdiskussionen. Unsere Anforderungen an die kommende Bundesregierung platzieren wir auch in den Medien.

Schon vor der Wahl blasen Arbeitgeberverbände, neoliberale Ökonomen und Teile der CDU zum Angriff auf Arbeitnehmerrechte. Gefordert werden Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und längere Arbeitszeiten. Auch das gerade erst reformierte Bürgergeld steht in der Kritik. Es sei zu hoch, Arbeit lohne sich nicht mehr – solche Fehlinformationen werden gezielt verbreitet.

**+++ 6. November 2024: Ampel-Koalition scheitert am Haushaltsstreit +++**

**+++ Scholz verliert Vertrauensfrage, Neuwahlen am 23. Februar 2025 +++**



# MACH DICH STARK MIT UNS

**+++ Empörung über Merz:  
Fünf-Punkte-Plan gegen Migration vor der Wahl eingebracht +++**

**+++ Mehrheit mit AfD-Stimmen – Novum im Bundestag +++**

**+++ Kritik: Merz missachtet Brandmauer nach rechts +++**



Gemeinsam mit dem BUND organisieren wir am 1. Februar die Kundgebung „Wir sind die Brandmauer!“ auf dem Stuttgarter Schlossplatz. Es kommen 44.000 Menschen, um ein Zeichen gegen Hass, Ausgrenzung und rechte Ideologie zu setzen. Ähnlich ist es in Freiburg, Ulm, Reutlingen und vielen anderen Orten. Unsere Botschaften: Keine Kooperation mit der AfD. Wir verteidigen die Demokratie. Wir wollen mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit.

# KUNDGEBUNG „WIR SIND DIE BRANDMAUER!“

+++ AfD mit Rekord: 20,8 % +++

+++ Union und SPD planen Koalition +++



## WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIE- STANDORT



+++ 23. Februar: Union stärkste Kraft (28,5 %), verfehlt 30 % +++

+++ Gewerkschaftsdruck: 500-Milliarden-  
Investitionspaket für Infrastruktur und Klima +++

+++ Kommission zur Reform der Schuldenbremse +++

+++ SPD und Grüne verlieren deutlich +++



Der Erhalt von Arbeitsplätzen, Zukunftsinvestitionen in neue Technologien und ein nachhaltiges Wirtschaften sind die Kernthemen bei dem bundesweiten Aktionstag „Weil das jetzt zählt! Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft!“ nach der Wahl. Am 15. März demonstrieren Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für den Wirtschafts- und Industriestandort. Organisiert hat die IG Metall die Kundge-

bungen. In Stuttgart werden 25.000 Menschen gezählt, auch der DGB ist aktiv dabei. Schon die Ankündigung des Aktionstages dürfte die künftigen Koalitionäre beeindruckt haben. Insbesondere die Union hat sich schwergetan, ein kreditfinanziertes Investitionspaket in Höhe eines gesamten Bundeshaushaltes zu beschließen.

# AKTIONSTAG



**+++ Sorgen der Menschen:  
Jobverlust, hohe Mieten, steigende Preise +++**

**+++ Cleantech als Zukunftsbranche im Südwesten+++**

**+++ Cleantech als neuer Jobmotor! +++**

Klimaschutz, moderne Technologien und gut bezahlte Arbeitsplätze können und müssen zusammengedacht werden. Wie das für Baden-Württemberg genau aussehen kann, haben wir in der Studie „Zukunftsfähig durch Cleantech – Chancen für Beschäftigung und Wirtschaft im Südwesten“ untersuchen lassen. Die Studie war eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Technologien zur Erreichung von Klimaneutralität ist mit mehr als 214.000 Beschäftigten längst ein zentraler Wirtschaftsfaktor im Land. Besonders stark sind die Leitmärkte Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Wasserwirtschaft, Material- und Rohstoffeffizienz sowie erneuerbare Energien mit ihren Speichersystemen. Prognosen zeigen, dass die genannten Branchen bis 2030 stark zulegen können.

## STUDIE CLEANTECH



2025

Unsere Vorbereitungen auf die Landtagswahl laufen auf Hochtouren. Unsere Anforderungen an die kommende Landesregierung für ein gerechtes Baden-Württemberg übergeben wir den Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Parteien. Auf den Parteitag der Grünen, der CDU, der Linken und der SPD sind wir mit Infoständen präsent. Wir führen Gespräche: Gute Arbeitsplätze, eine moderne Wirtschaft und eine verlässliche Infrastruktur sind die Kernthemen. Selbstverständlich setzen wir uns weiter engagiert für eine starke Demokratie ein – im Betrieb und auf der Straße. So hat das Bündnis für Demokratie und Menschenrechte das Dialogformat „Politik auf 13 qm“ gestaltet: Menschen, die von der Politik eigentlich nichts mehr erwarten, können hier ihre Wünsche und Anliegen in einem geschützten Rahmen äußern. Mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der demokratischen Parteien wird am 10. Februar 2026 eine Wahlarena stattfinden.



**+++ Landtagswahl auf 8. März 2026 datiert +++**

**+++ Frauentag als Wahntag: Landesfrauenrat kritisch +++**



# MIT DER POLITIK IM DIALOG

# KAMPAGNE „MIT MACHT FÜR DIE 8“



**+++ Gewerkschaft wirkt: verlängerte Kurzarbeit +++**

**+++ Schwarz-Rot will tägliche Höchstarbeitszeit abschaffen +++**

**+++ Schluss für heute. Tickerpause. 2022-2025 - UND IMMER WEITER +++**

Die geplanten Änderungen des Arbeitszeitgesetzes werten wir als Frontalangriff. Die Gewerkschaften haben den Acht-Stunden-Tag erkämpft. Selbstverständlich verteidigen wir diese Errungenschaft. Mit der Kampagne „Mit Macht für die 8“ machen wir klar: Wir wollen gesunde Arbeitszeiten. Die Mehrheit der Beschäftigten will klare Grenzen und am Acht-Stunden-Tag festhalten. Das Thema Arbeitszeit ist Teil von vielen politischen Gesprächen, etwa mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

2025

**D  
AN  
KE!**